Beschluss des Bundesvorstandes der Jungen Union
am 7. Dezember 2013 in Rimbach

Flüchtlingshilfe reformieren – Ursachen für Flucht bekämpfen

Mit großer Sorge betrachtet die Junge Union Deutschlands die sich zuspitzende Flüchtlingssituation an der südlichen EU-Grenze. Die Toten vor Lampedusa sind eine Mahnung und ein Appell an die christlichen Werte der Europäischen Union.

Daher fordert die Junge Union Deutschlands die Bundesregierung auf, sich weiter für die Flüchtenden einzusetzen und hierbei insbesondere in drei Punkten weiter stark zu engagieren:

1. Sich in der EU dafür einzusetzen, die Aufnahme zusätzlicher Flüchtlinge zu prüfen. Alle Länder der EU sind hierbei gefordert. Gegenseitige Schuldzuweisen werden der Ernsthaftigkeit des Problems nicht gerecht;

2. Zu prüfen, ob Deutschland die Rettung Schiffbrüchiger im Rahmen von Frontex besser unterstützen kann. Hierzu gehört auch das Festsetzen von Schleppern und Menschenhändlern. Frontex ist jetzt schon die erfolgreichste Organisation bei der Rettung schiffbrüchiger Flüchtlinge und sollte von den betroffenen Mittelmeeranrainerstaaten vermehrt angefordert werden;

3. Sich mit den Mitteln der Entwicklungszusammenarbeit für eine Beseitigung der Ursachen für Flucht einzusetzen. Hierbei ist die gesamte EU gefordert, sich gegen bestehendes Unrecht zu engagieren und für die Bekämpfung von Armut, Unfreiheit und Unterdrückung einzutreten. Bei offensichtlichen Völkerrechtsverletzungen und Repressalien gegen das eigene Volk müssen die verantwortlichen Regierungen Sanktionen fürchten. Hierzu ist das Instrument des Gangs zum Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag zukünftig stärker zu nutzen.